

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Hitzewelle

EU-Bericht warnt vor Dürre in weiten Teilen Europas

Seite 3

IM FOKUS

Rechtsstaatsbericht

Unabhängige Justiz und gut ausgestattete Medien angemahnt

Seite 4

Passagierrechte

Erstattung von mehr als 500.000 Fluggutscheinen durchgesetzt

Seite 5



Die Senkung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden ist eine der Maßnahmen zur Verringerung des Gasverbrauchs in den Mitgliedsländern.

© Shutterstock

Die EU-Nachrichten verabschieden sich in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint am 15. September 2022.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Von der Leyen ruft zum Energiesparen auf

Um sich von russischen Energielieferungen unabhängiger zu machen, hat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, den Verbrauch an Erdgas von August bis Ende März 2023 um 15 Prozent zu senken. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte bei der Vorlage des Programms: „Russland nutzt Gas als Waffe. Je schneller wir handeln, je mehr Energie wir sparen, umso sicherer ist unsere Energieversorgung.“

> Zwölf Mitgliedstaaten der EU erhalten derzeit weniger Erdgas aus Russland oder sind von russischen Lieferungen komplett abgeschnitten. Schon vor Wartungsarbeiten der Pipeline Nord Stream 1 hatte der russische Staatskonzern Gazprom Gaslieferungen auch nach Deutschland eingeschränkt. Von der Leyen erklärte mit Blick auf eine Wieder-Inbetriebnahme der Leitung: „Gazprom hat bewiesen, ein absolut unzuverlässiger Versorger zu sein. Deshalb ist auch nicht vorhersehbar, was passiert.“

Angesichts der Unwägbarkeiten hat die Kommission ein umfassendes Programm vorgelegt, um die Versorgungssicherheit im kommenden Winter zu sichern. Das Paket umfasst unter anderem:

> **Energiesparen:** Vom 1. August 2022 bis 31. März 2023 sollen die Mitgliedstaaten ihren Gasverbrauch um 15 Prozent drosseln. Das Energiesparprogramm läuft zunächst auf freiwilliger Basis.

Die Kommission gibt den Staaten Leitlinien an die Hand, wie der Gasverbrauch verringert werden kann. So werden die Mitgliedstaaten angehalten, Energiesparkampagnen aufzulegen. Auch die Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden kann gesenkt werden. Allein eine um ein Grad niedrigere Raumtemperatur spart rund sechs Prozent Heiz-Energie. Bis Ende September müssen die Mitgliedstaaten Energiesparpläne aktualisieren. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission erklärte: „Wir rufen die Mitgliedstaaten zu freiwilligen Einsparungen auf. Wir müssen aber auch die Möglichkeit verpflichtender Maßnahmen in Betracht ziehen, wenn sich die Lage zuspitzt.“

> **Energiesolidarität:** Im Jahr 2017 hatten die Mitgliedstaaten auf Initiative der EU-Kommission die Regelung zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung – Security of Supply, kurz SoS-Verordnung genannt – verabschiedet. >>

ERSTER JAHRESTAG

Kommission gedenkt der Flutopfer

Zum ersten Jahrestag der Flutkatastrophe hat die EU-Kommission mit einer Schweigeminute an die Opfer der Hochwasser in Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg erinnert. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Heute sind wir in Gedanken bei den Opfern und ihren Familien. Europa steht an ihrer Seite.“ Nach starken Unwettern waren im Juli 2021 allein in Deutschland an Ahr und Erft mindestens 180 Menschen ums Leben gekommen. Von der Leyen mahnte weitere Anstrengungen im Klimaschutz an.

Flutopfer

“ Bereits vor dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine waren die russischen Gaslieferungen nicht mehr verlässlich. ”

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

>> Das Gesetz sieht bei Engpässen die gegenseitige Lieferung von Erdgas über einen Solidaritätsmechanismus vor. So wird Bulgarien nach dem Stopp der mit Russland vertraglich vereinbarten Lieferung derzeit von Griechenland mit Erdgas versorgt. Die Bundesrepublik hat entsprechende bilaterale Verträge mit Österreich und Dänemark abgeschlossen und strebt ein Abkommen mit Tschechien an. Die Kommission rief die Mitgliedstaaten zu weiteren bilateralen Energie-Partnerschaften auf.

> **Priorisierung der Versorgung:** Für den Fall von Engpässen hat die Kommission den Mitgliedstaaten Empfehlungen für eine abgestufte Versorgung der Endkunden vorgelegt. EU-Energiekommissarin Kadri Simson stellte aber klar: „Für private Haushalte als geschützte Kunden ist die Versorgung gesichert.“

> **Erdgasspeicher:** Schon im März hatte die Kommission eine Regelung zur Energiesicherheit eingebracht. So müssen die Betreiber von Gasspeichern sicherstellen, dass die Kavernen in diesem Jahr zum 1. November einen Füllstand von 80 Prozent erreichen, in den Folgejahren gilt zum 1. November jeweils ein Mindestpegel von 90 Prozent.

In Deutschland ist die Importquote von russischem Gas von 55 Prozent im Vorjahr auf aktuell 40 Prozent gesunken. Timmermans mahnte weitere Anstrengungen an und sagte: „Wir müssen alle Szenarien in Betracht ziehen.“ Die Kommission hatte nach Russlands Angriff auf die Ukraine das Programm REPowerEU vorgelegt. Bis 2027 wird komplett auf Gas aus Russland verzichtet. Zudem steigt bis 2030 der Anteil der erneuerbaren Energien auf 45 Prozent, fünf Punkte mehr als geplant. Auch neue Energie-Lieferverträge wurden besiegelt, unter anderem mit den USA, Norwegen, Kanada und Katar. Die Versorgung mit rund 35 Milliarden Kubikmeter Gas wurde dadurch gesichert.

Zuletzt hat von der Leyen mit Aserbaidshans neue Gasimporte vereinbart. Bis 2027 steigt die jährliche Liefermenge von Erdgas aus dem Land von derzeit 8 Milliarden auf 20 Milliarden Kubikmeter. Schon kurzfristig wächst die Menge auf jährlich 12 Milliarden Kubikmeter Erdgas an. Von der Leyen begrüßte die Einigung: „Das wird helfen, Kürzungen der russischen Gaslieferungen auszugleichen und erheblich zur Versorgungssicherheit Europas beitragen.“

Das Erdgas aus Aserbaidshans strömt über Griechenland und Albanien nach Italien. Eine direkte Verbindung nach Österreich, die Nabucco-Pipeline, war am Widerstand Russlands gescheitert. (pr) >|

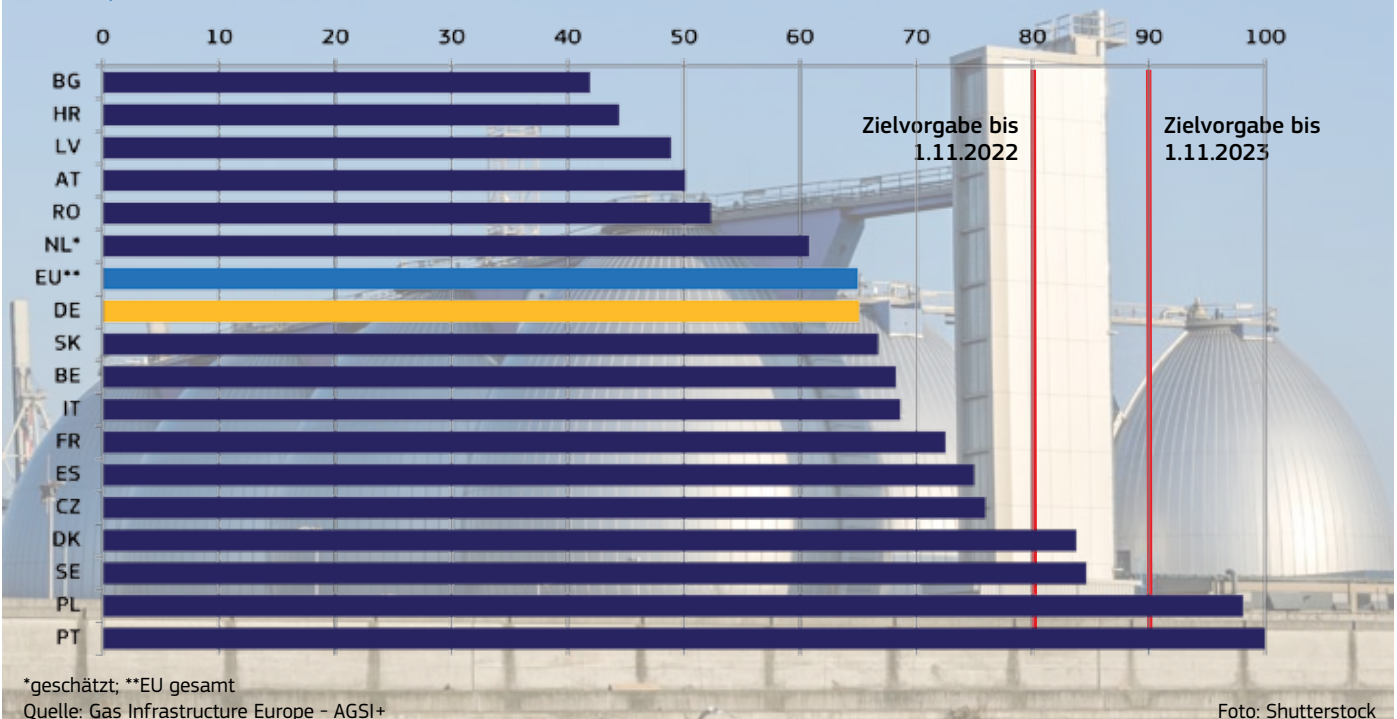
Energiepaket

Das Sparpotenzial

Das Erdgas in Deutschland landete im Jahr 2021 zu je 31 Prozent in Industrie und in privaten Haushalten, zur Stromerzeugung in Kraftwerken werden 24 genutzt. Handel und Gewerbe verbrauchten rund 13 Prozent des Erdgases in Deutschland.

Das Einsparpotenzial in Haushalten wird in Studien auf 15 Prozent beziffert, das der Industrie auf 8 Prozent.

Füllstände der Gasspeicher in der EU und ihren Mitgliedstaaten (in %; Stand: 19. Juli 2022)



HITZEWELLE

EU-Bericht warnt vor Dürre in weiten Teilen Europas

© Shutterstock

Weite Teile Europas sind von Dürre bedroht. Für 46 Prozent der EU-Fläche gilt derzeit eine Dürre-Warnstufe, für 11 Prozent der EU-Fläche ist bereits der Dürre-Alarm ausgelöst. Das geht aus einem Bericht der gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission für den Monat Juli hervor. Die Trockenheit hat auch Auswirkungen auf Ernte-Erträge. So müssen Landwirte in Frankreich, Rumänien, Spanien und Portugal mit geringeren Ernten rechnen. Auch Landwirten in Deutschland, Polen, Ungarn, Slowenien und Kroatien drohen Ernte-Einbußen. Der Ernteüberwachungsbericht der gemeinsamen Forschungsstelle hatte bereits im Juni vor zu geringen Niederschlägen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen gewarnt.

Für die Hitzeanalysen nutzte die Forschungsstelle Daten des europäischen Erdbeobachtungssystems Copernicus. Die Satellitendaten helfen auch bei der Bekämpfung von Waldbränden in EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Slowenien. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, mahnte auf dem Petersberger Klimadialog in Berlin angesichts der Hitzewelle entscheidende Schritte beim Klimaschutz an und sagte: „Es geht nicht darum, den Planeten zu retten. Es geht darum, die Menschheit zu retten.“

| Dürre-Bericht

GRÜNER WASSERSTOFF

EU billigt europäisches Förderprojekt

Deutschland und 14 weitere EU-Mitgliedstaaten können den Ausbau von grünem Wasserstoff mit staatlichen Mitteln fördern. Entsprechende Hilfen hat die EU-Kommission genehmigt. Die Staaten stellen rund 5,4 Milliarden Euro als Anschub-Finanzierung bereit und mobilisieren damit private Investitionen von rund 8,8 Milliarden Euro, um die Herstellung von grünem Wasserstoff voranzutreiben und ihn als klimaschonende Energie-Alternative einzusetzen, etwa in der Stahlproduktion. Die Kommission stufte die staatliche Förderung als wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse – Important Project of Common Interest (IPCEI) – ein und billigte die staatlichen Hilfen.

Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager lobte das Vorhaben mit dem Programmnamen „IPCEI Hy2Tech“ und hob das Zukunftspotenzial von grünem Wasserstoff hervor: „Er ist für die Diversifizierung der Energiequellen und den ökologischen Wandel unverzichtbar.“

| Energiealternative

DEUTSCHLAND

Forschung glänzt in Naturwissenschaften

Deutschlands Spitzenforschung wirbt besonders erfolgreich Fördermittel in Biowissenschaften, Physik und Chemie ein. Das geht aus einer Analyse des Europäischen Forschungsrats (ERC) über die Vergabe der Gelder in der Förderperiode 2014 bis 2020 hervor. Demnach gingen in diesem Zeitraum in der Elementarteilchenphysik 24,8 Prozent der ERC-Forschungsstipendien nach Deutschland, in synthetischer Chemie 24,5 Prozent und in Neuro-Wissenschaften 22,3 Prozent. Frankreichs Forschung schnitt besonders gut in Mathematik ab, 31 Prozent der in diesem Feld vergebenen Stipendien gingen an französische Hochschulen.

Der Forschungsrat unterstützte in den Jahren zwischen 2014 und 2020 mit 13,3 Milliarden Euro insgesamt 6.707 Forschungsvorhaben in Europa. 17 Prozent davon wurden an Forschungseinrichtungen in Deutschland gezahlt.

| Spitzenforschung in Deutschland

PANDEMIE

ECDC und EMA empfehlen zweite Booster-Impfung für alle über 60

Angesichts steigender Infektionszahlen haben das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) zu einer zweiten Booster-Impfung für alle über-60-Jährigen und Risikogruppen in der EU aufgerufen. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides appellierte, das Impf-Angebot anzunehmen und mahnte: „Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, unverzüglich die zweiten Auffrischungsdosen für alle über 60 sowie für alle gefährdeten Personen einzusetzen.“

ECDC und EMA raten zu einer Auffrischung des Immunschutzes vier Monate nach der letzten Impfung, der Fokus liegt dabei zunächst auf allen, deren letzte Impfung länger als sechs Monate zurückliegt. Bereits im April hatten beide Einrichtungen eine zweite Auffrischungs-Impfung für Menschen über 80 angeraten. Andrea Ammon, Leiterin des Präventionszentrums ECDC, erläuterte: „Wir sehen steigende COVID-19-Zahlen und einen zunehmenden Trend zu Krankenhauseinweisungen und Intensivbelegungen in mehreren Ländern, überwiegend ausgelöst durch die Omicron-Subvariante BA-5.“

| Booster-Impfung

RECHTSSTAATSBERICHT

Jourová dringt auf unabhängige Justiz und gut ausgestattete Medien

Die EU-Kommission hat die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze in allen Mitgliedstaaten angemahnt. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission, sagte bei der Vorlage des jährlichen Rechtsstaatsberichts: „Leider bestehen hinsichtlich einiger Mitgliedstaaten nach wie vor Bedenken, insbesondere was die Unabhängigkeit der Justiz betrifft.“



© European Union, 2022

Der in diesem Jahr zum dritten Mal vorgelegte Rechtsstaatsbericht enthält erstmals spezifische Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedsländer.

> EU-Justizkommissar Didier Reynders betonte mit Blick auf den russischen Krieg in der Ukraine, dass der Schutz und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit wichtiger denn je sind: „Die EU wird nur dann glaubwürdig bleiben, wenn wir die Rechtsstaatlichkeit im Inneren wahren und die Kultur der Rechtsstaatlichkeit weiter stärken.“

Erstmals Empfehlungen für Deutschland

Der Rechtsstaatsbericht wurde in diesem Jahr zum dritten Mal vorgelegt. Erstmals enthält der Report auch spezifische Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten. Für Deutschland fordert der Länderbericht mehr Einsatz beim Vorgehen gegen Lobbyismus. So soll das Lobbyregister ausgebaut werden. Auch die Einführung eines legislativen Fußabdrucks, der die Beteiligung von Interessenverbänden an Gesetzesvorhaben festhält, soll zügig kommen. Weiter rät der Report zu klaren Regelungen für die Übergangsphasen ehemaliger Regierungsmitglieder beim Wechsel in die Privatwirtschaft.

Zudem mahnt der Bericht ausreichende Ressourcen für die Justizverwaltung und eine angemessene Richterbesoldung an. Außerdem dringt die Kommission auf eine schnellere Digitalisierung der Justizverwaltung in Deutschland. Auch der Plan, die Steuerbefreiung für gemeinnützige Organisationen rechtlich abzusichern, sollte vorangebracht werden. Wegen der schleppenden Umsetzung der EU-Regelung zum Schutz von Whistleblowern leite-

te die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein.

Wesentliche Empfehlungen

Für ihren jährlichen Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten konzentriert sich die Kommission auf vier Bereiche:

- > **Freiheit und Vielfalt der Medien:** Nach gezielten Desinformationen rund um die Pandemie und den russischen Einmarsch in der Ukraine legte die Kommission in diesem Jahr einen besonderen Schwerpunkt auf die Ausstattung der Medien. Jourová wies auf die Bedeutung öffentlich-rechtlicher Medien für eine funktionierende Demokratie hin und forderte eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Die Vizepräsidentin betonte, zur Freiheit öffentlich-rechtlicher Medien gehöre, „dass die Finanzierung angemessen ist und nicht dazu verwendet wird, politischen Druck auf diese Medien auszuüben“.
- > **Institutionelle Gewaltenteilung:** Die Kommission dringt auch auf die Einhaltung der institutionellen Gewaltenteilung – auch beim Vorgehen der Sicherheitsbehörden. So werden Spanien, Polen und Ungarn für den Einsatz der Spähsoftware Pegasus gerügt.
- > **Kampf gegen Korruption:** Reynders erklärte, die EU sei nach wie vor eine der Regionen mit der geringsten Ausprägung an Korruption. Dennoch forderte er weitere Anstrengungen im Anti-Korruptions-Kampf. So bemängelt der Bericht in Ungarn die unzureichende Strafverfolgung hochrangiger Korruptionsfälle.
- > **Ausstattung des Justizsystems:** Die Analyse hebt die Anstrengungen vieler Mitgliedstaaten hervor, ihr Justizsystem zu modernisieren. Zugleich sieht der Bericht die Unabhängigkeit der Justiz in einigen Mitgliedstaaten nicht ausreichend gewährleistet. So wird mit Blick auf Ungarn mehr Unabhängigkeit bei der Berufung von Richtern eingefordert. In Polen hatte die Regierung zwar eine Abschaffung der Disziplinarkammer für Richter beschlossen. Jourová mahnte aber weitere Anstrengungen an und erklärte: „Wir werden die Situation weiter aufmerksam verfolgen.“

Die Wahrung rechtsstaatlicher Kriterien ist auch Voraussetzung für die Auszahlung von Geldern aus dem Corona-Aufbaufonds der EU. (pr) >|

PASSAGIERRECHTE

Kommission setzt Erstattung von mehr als 500.000 Fluggutscheinen durch

Europas Luftfahrtgesellschaften erstatten Reisenden die Kosten für mehr als 500.000 Fluggutscheine, die während der Pandemie ausgestellt wurden. Das hat die EU-Kommission gemeinsam mit Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten durchgesetzt. Didier Reynders, der für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar, erklärte: „Der Großteil der Erstattungsrückstände wurde abgebaut, Reisende sind besser über ihre Rechte informiert und Millionen Euro wurden zurückgezahlt.“

> Während der Pandemie hatten die Luftfahrtgesellschaften zahlreiche Verbindungen gestrichen und Fluggäste zunächst mit Gutscheinen entschädigt. Das steht im Widerspruch zu den europäischen Regelungen über Fluggastrechte. EU-Kommission und nationale Verbraucherorganisationen hatten daher auf eine Entschädigung der Ticketpreise gedrängt. Dem stimmten 16 europäische Fluglinien jetzt zu und boten an, die Kosten für die Tickets zu erstatten. Mehr als 500.000 Reisende nahmen dieses Angebot an.

Rechte der Passagiere

Die Zugeständnisse der Fluglinien gelten grundsätzlich auch für Annullierungen im derzeitigen Ferienverkehr. Reynders mahnte mit Blick auf den Sommerreiseverkehr: „Wir werden genau verfolgen und prüfen, wie den Fluggästen gegebenenfalls Erstattungen oder Entschädigungen gezahlt werden, um eine strikte und sorgfältige Anwendung der EU-Vorschriften zu gewährleisten.“

Wegen Engpässen unter anderem beim Bodenpersonal war es zuletzt zu zahlreichen Verspätungen und Flugausfällen gekommen. Die Entschädigungsregeln dazu sind in der europäischen Fluggastrechteverordnung aber eindeutig. Die Europäische Verbraucherzentrale in Kehl fasst die Rechte der Reisenden wie folgt zusammen:

- > **Umfang:** Die europäische Entschädigungsregelung gilt für alle inner-europäischen Verbindungen und für Flüge nach Europa, wenn die Luftfahrtgesellschaft ihren Sitz in der EU hat.
- > **Verspätung:** Für Flüge mit mehr als drei Stunden Verspätung muss eine Entschädigung gezahlt werden. Das reicht von 250 Euro für Kurzstreckenflüge bis 1.500 Kilometern bis zu 600 Euro bei Langstreckenverbindungen mit einer Strecke



© RootsShoots / Shutterstock.com

von mehr als 3.500 Kilometern zu Zielen außerhalb der EU.

- > **Unterbringung:** Verschiebt sich eine Flugreise auf den nächsten Tag, besteht Anspruch auf eine Unterkunft. Organisiert die Luftfahrtgesellschaft die Unterbringung nicht selbst, kann sich der Reisende um ein angemessenes Hotel kümmern. Die Kosten für die Übernachtung trägt die Fluglinie.

Die EU-Kommission hatte bereits vor zwei Jahren eine neue Verbraucheragenda vorgelegt. In diesem Rahmen werden derzeit auch die Bestimmungen zu Fluggastrechten sowie die Pauschalreise-Richtlinie überprüft. Vorschläge der EU-Kommission zu Ergänzungen der bestehenden Regelungen werden im kommenden Jahr folgen.

Die EU-Kommission schlug zudem vor, den Ausnahmemechanismus für die so genannten Slots für Starts und Landungen zu verlängern. Ein Flughafenslot bezeichnet ein Zeitfenster, in dem eine Fluggesellschaft einen Flughafen zum Starten oder Landen eines Flugzeugs benutzen darf. Eine Fluglinie muss mindestens 80 Prozent der ihr zugewiesenen Slots nutzen, sonst werden die Slots in der darauffolgenden Saison neu verteilt. Um Leerflüge zu vermeiden, hatte die Kommission während der Pandemie jedoch flexible Regelungen geschaffen. Die Fluglinien müssen von Oktober an wieder 80 Prozent der Slots einhalten. Weitreichende Ausnahmen greifen jedoch künftig bei Notlagen durch Epidemien, Naturkatastrophen und schwerwiegende politische Krisen mit Auswirkungen auf den Flugverkehr. (pr) >|

■ Fluggastrechte

Wegen Engpässen unter anderem beim Bodenpersonal ist es an vielen Flughäfen zu Verspätungen und Ausfällen gekommen.

Rechte von Reisenden

Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) an der deutsch-französischen Grenze in Kehl am Rhein setzt sich für die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern im europäischen Binnenmarkt ein. Die Info-Stelle beantwortet unter anderem strittige Fragen rund um Hotelstornierungen, Mietwagenbuchungen, Urlaub mit E-Autos sowie Ausfällen oder Verspätungen von Bussen, Bahnen und Fliegern.

Das Verbraucherzentrum im Internet: www.evz.de

EUROPA VOR ORT

Europa fördert nachhaltigen Verkehr und altersgerechten Nahverkehr in Hamburg

Kleine Dinge verändern das Ganze. So wie am Eidelstedter Platz in Hamburg. Hohe Bordsteine, zugige Warteplätze – der Umsteigebahnhof war lange unwirtlich. Nun sagt Silke Edelhoff, Mobilitätsmanagerin beim Hamburger Bezirk Eimsbüttel: „Es gibt übersichtliche Sitzplatzgelegenheiten, eine klare Führung der Radwege und barrierefreie Umsteigemöglichkeiten. Viele Schritte ergeben zusammen eine Strecke.“



© FHH Bezirk Eimsbüttel

Barrierefreier Zugang, klare Abgrenzung der Radwege – der Eidelstedter Platz in Hamburg wurde mit Mitteln der EU altersgerecht umgebaut.

> Möglich gemacht hat das ein Programm der Europäischen Union: GreenSAM – Green Silver Age Mobility, ein Projekt zur Förderung von nachhaltigem Verkehr und altersfreundlicher Mobilität. Kay Gätgens, Bezirksamtsleiter von Eimsbüttel, erläutert: „Die Gestaltung der Mobilitätswende hin zu einer klimafreundlichen Mobilität ist eine zentrale Herausforderung an eine zeitgemäße Stadtentwicklung. Deshalb investiert Hamburg wie viele andere europäische Städte in den Ausbau des Nahverkehrs und eine verbesserte Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr.“

Die EU unterstützte das Programm GreenSAM in Hamburg mit insgesamt rund 1,5 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Herausgekommen sind barrierefreie Umsteigemöglichkeiten, zusätzliche Sitzgelegenheiten an Wartestellen und nachhaltige Verkehrsangebote. Das Besondere am Hamburger Weg: Ältere Menschen wurden von Beginn an in die Planungen einbezogen.

Street Talk heißt das Konzept in Eimsbüttel: Mit einem Infomobil fuhren Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner herum, um an U-Bahn-Stationen, Älterentreffs und in Bürgerhäusern mehr über die Anforderungen der Generation 60+ an nachhal-

tigen Verkehr zu erfahren. Gätgens erklärt: „Der Grundgedanke des Projekts ist, dass eine bedarfsgerechte Gestaltung von Infrastruktur und Mobilitätsangeboten nur im Dialog mit der Nutzergruppe gelingen kann.“

Europas Städte machen sich auf den Weg

Europas Bevölkerung altert. Im Jahr 2050 wird rund ein Viertel der Menschen in der EU älter als 65 Jahre alt sein. Das stellt auch neue Anforderungen an eine nachhaltige Mobilität. Hamburg machte sich im Rahmen von GreenSAM deshalb nicht allein auf den Weg. Gemeinsam mit anderen europäischen Städten im Ostseeraum wurde an nachhaltigen Konzepten gearbeitet. Dabei konnten alle Kommunen voneinander profitieren: Lettlands Hauptstadt Riga schickte Mobility Labs los, um in verschiedenen Stadtvierteln mehr über die Wünsche der Älteren an grüne Mobilität zu erfahren. Danzig bot Kurse mit altersfreundlichen Fahrrad-Dreirädern an.

Die Stadt Turku in Finnland setzte auf ein Mentoring-Programm: Aktive Ältere zeigten anderen Älteren den richtigen Umgang mit digitalen Tarifangeboten. Daneben gab es Youth Coaches, das sind Studierende, die Ältere im digitalen Umgang mit Nahverkehrs-Apps schulten.

So geht die EU das Thema Nachhaltigkeit gemeinsam an – gerade in den Metropolregionen. Rund 70 Prozent der europäischen Bevölkerung leben in Städten, sie erwirtschaften etwa 80 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU. Die EU-Kommission hatte dazu im Vorjahr den Europäischen Rahmen für urbane Mobilität vorgelegt. Verkehrskommissarin Adina Vălean mahnte: „Städte sind die Kraftzentren unserer Wirtschaft, sie müssen aber auch nachhaltige Städte sein.“

GreenSAM legt den Schwerpunkt auf nachhaltige Verkehrskonzepte für ältere Menschen. Die Bilanz von Bezirksamtsleiter Gätgens lautet: „Aspekte wie Barrierefreiheit, gute Orientierung und Serviceangebote kommen allen zugute.“ Die altersfreundliche Stadt und nachhaltige Verkehrskonzepte bringen allen etwas – auch den Jungen. (pr) >|

■ Nachhaltiger, altersfreundlicher Verkehr

Seniorenfreundliche Verkehrsinfrastruktur

Der Bezirk Eimsbüttel in Hamburg hat seine Erfahrungen aus dem EU-Projekt GreenSAM in einem Leitfaden zusammengefasst. In einer Broschüre sind Ergebnisse festgehalten, wie Kommunen ein Umstieg auf nachhaltigen und altersfreundlichen Nahverkehr gelingt. Unter anderem werden angeregt: ausreichend breite Gehwege, barrierefreie Parkflächen, überdachte Wartemöglichkeiten mit Sitzgelegenheiten, einfach zu bedienende Ticketautomaten. Die Broschüre ist zu finden unter: <https://bit.ly/3AQumOv>

Europa in Zahlen

1,8 Milliarden Euro

investiert die EU in europaweit 17 Projekte zur Förderung klimafreundlicher Produktionsverfahren, darunter auch zwei Vorhaben in Deutschland. So stellt das Holcim-Zementwerk im schleswig-holsteinischen Lägerdorf seine Produktion auf ein Oxyfuel-Verfahren um, bei dem statt Luft reiner Sauerstoff zur Gewinnung des Baustoffs eingesetzt wird. Das bei der Zementherstellung entstehende Kohlendioxid wird künftig aufgefangen und in der chemischen Industrie zur Erzeugung von synthetischem Methanol genutzt. So lassen sich jährlich rund eine Million Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Zudem wird der Bau des Windparks Nordsee Two vor der deutschen Küste unterstützt, der mit der gewonnenen Windenergie grünen Wasserstoff erzeugt. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und verantwortlich für den Europäischen Grünen Deal erklärte: „Die Finanzhilfen werden innovative Unternehmen in ganz Europa bei der Entwicklung von Spitzentechnologien unterstützen, die wir brauchen, um den ökologischen Wandel voranzutreiben.“

▮ Saubere Industrie

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 27.07.2022 19.00–21.00 Uhr	„Sicherheit und Verteidigung – Wie bewältigt die EU Krisen und Konflikte?“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock e.V.	Haus Europa Rostock Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/events/sicherheit-und-verteidigung-der-eu/
> 30.08.2022 15.00–16.30 Uhr	„Erasmus+ Kurzzeitprojekte für Einsteiger“ Informationsveranstaltung zur Antragstellung Veranstalter: Kultusminister Konferenz/Pädagogischer Austauschdienst	Online	https://www.kmk-pad.org/veranstaltungen/details/erasmus-kurzzeitprojekte-fuer-einsteiger-informationsveranstaltung-zur-antragstellung-2947.html
> 09.09.2022 16.00–18.00 Uhr	„Künstlergespräch mit Milena Dopitová im Rahmen der Tschechischen Saison 2022“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Staatliche Kunstsammlungen Dresden	Georg-Treu-Platz 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28345
> 10.09.2022 ganztägig	„Was ist der European Green Deal?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Online	www.europe-direct-dortmund.de/event/was-ist-der-european-green-deal/
> 24.09.2022 ganztägig	„Hey Europe! #wirmacheneuropa“ Jugend-Europa-Festival Veranstalter: Hessische Staatskanzlei	Congress Park Hanau Schloßplatz 1 63450 Hanau	https://hey europe.de/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



9 MILLIONEN EURO

EU fördert Online-Medien für junge Menschen

Wie können Medieninhalte zu aktuellen europäischen Themen besonders junge Menschen erreichen? Interessierte Medienorganisationen und gemeinnützige Einrichtungen können ab sofort ihre Vorschläge dazu einreichen. Die EU-Kommission stellt dafür 9 Millionen Euro zur Verfügung, finanziert über das Programm „Kreatives Europa“. Produziert werden sollen tägliche, zuverlässige und zum Nachdenken anregende Inhalte aus ganz Europa. Das Projekt wird junge Menschen dabei unterstützen, Perspektiven aus ganz Europa zu vergleichen und soll sie durch attraktive Inhalte in verschiedenen europäischen Sprachen ansprechen. Ziel ist es, die demokratische Teilhabe junger Menschen in verschiedenen sozialen, sprachlichen und Altersgruppen zu fördern. Deadline für die Einreichung von Vorschlägen ist der 24. Oktober. Die Projekte werden im kommenden Frühjahr starten.



© Shutterstock

■ *EU fördert Online-Medien*

SOMMERFERIEN

Internationale Angebote im In- und Ausland

Für junge Leute, die bis zu vier Wochen an einem internationalen Angebot im In- und Ausland teilnehmen wollen, gibt es diesen Sommer noch freie Plätze. Aktuell können sich Interessierte für internationale Workcamps und Jugendbegegnungen anmelden – wie etwa ein internationales Jugendfestival unterstützen, ein Sommerprogramm für geflüchtete Kinder in Budapest auf die Beine stellen, mit Jugendlichen aus Deutschland, Frankreich und Ungarn lernen Videos zu drehen, mit jungen Menschen aus aller Welt ein Dorf in Frankreich klimafreundlich umgestalten oder an Theater-, Tanz- und Musikworkshops teilnehmen. Über 180 Plätze in öffentlich geförderten und bezuschussten Projekten finden sich im Eurodesk-Last-Minute-Markt. Losgehen kann es ab sofort oder in den kommenden Wochen.



© Shutterstock

■ *Last-Minute-Angebote*

7. EUROPÄISCHES MIGRATIONSFORUM

Offener Aufruf für Teilnahme gestartet

Die Europäische Kommission und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben einen offenen Aufruf für Organisationen veröffentlicht, die am 7. Europäischen Migrationsforum teilnehmen möchten. Das Europäische Migrationsforum findet am 20. und 21. Oktober 2022 statt und ist eine Plattform für den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen zu Migration, Asyl und der Integration von Migrantinnen und Migranten. Die 7. Ausgabe des Forums steht unter dem übergreifenden Thema „Jugendintegration: Schlüssel zur erfolgreichen Integration von Migranten“. Sie konzentriert sich auf den Zugang junger Migrantinnen und Migranten zur allgemeinen und beruflichen Bildung, auf Maßnahmen zur Integration junger Flüchtlinge, Jugendmobilität in der Bildung und die Arbeitsmobilität von jungen Menschen. Interessierte Organisationen können sich bis zum 23. August anmelden.



© Shutterstock

■ *Offener Aufruf*

WETTBEWERB DER SOZIALEN MEDIEN

„Gestalte das Europa, das du willst“

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend hat die Europäische Kommission den Wettbewerb „Das Europa, das ich will“ ausgerufen. Der Wettbewerb soll vor allem zeigen, wie sich junge Europäerinnen und Europäer die Zukunft in Europa vorstellen. Junge Menschen erhalten die Möglichkeit, sich auf kreative Weise auszudrücken und ihre Vision durch Instagram Reels zu teilen. Zu gewinnen sind zwei Interrail-Tickets.

Der Wettbewerb ist offen für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren, die ein persönliches Konto auf Instagram haben. Das Gewinnspiel endet am 15. August 2022. Die Gewinner werden am 1. September bekannt gegeben.

■ *Wettbewerb „Das Europa, das ich will“*